

## **„Vaclav Havels Haltung zur Vertreibung der Sudetendeutschen und die Notwendigkeit der Versöhnung“**

### **(1) Anmerkungen zum Schicksal der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg**

Zunächst möchte ich auf einige historische Umstände verweisen:

Zwischen Mai 1945 und Ende 1946 wurden an die drei Millionen deutschsprachige Menschen planmäßig aus der wiedererrichteten Tschechoslowakei vertrieben – fast die gesamte deutsche Bevölkerung, die auf diesem Gebiet lebte.

Diese Aktion wurde damals von allen wichtigen tschechischen und slowakischen Entscheidungsträgern gebilligt und von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Nach der Vertreibung gab es nur noch ca. 200 000 Deutsche in der Tschechoslowakei - meist nicht aufgrund einer behördlichen Entscheidung, sondern weil sie Glück gehabt hatten. Mit der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 wurden die moralische Legitimität und die Notwendigkeit der Vertreibung zu einem festen Bestandteil der tschechoslowakischen Staatsideologie und von offizieller Seite bis zum Ende des sozialistischen Regimes im Jahr 1989 niemals in Frage gestellt.

In der Aufbruchsstimmung der ersten Monate nach der „Samtenen Revolution“ von 1989 äußerten der neu gewählte Präsident Vaclav Havel und der Außenminister Jiri Dienstbier gemeinsam mit vielen anderen Zweifel an der moralischen Rechtfertigung der Vertreibung, vor allem auch an der These von der Kollektivschuld, schlossen aber jede Möglichkeit einer Rückerstattung oder Entschädigung für die ehemaligen Sudetendeutschen aus.

Mit dieser Neubewertung der Vertreibung folgten Havel und Dienstbier einer Linie, die bereits in einer Debatte vertreten wurde, welche – oft sehr heftig und kontrovers – im Samisdat und in der Exilpresse der späten siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts stattgefunden hatte. Den damaligen Dissidenten ging es mehr um die moralische Dimension und die historischen Folgen der Vertreibung, als um innen- und geopolitische Rechtfertigungsgründe. Die Dissidenten lieferten eine neue Interpretation der Ursachen und Motive der Vertreibung: Sie rekonstruierten den Zusammenhang zwischen dem moralischen Klima, das durch die Vertreibung mitgeschaffen wurde, und der kommunistischen Machtübernahme, die dann ihrerseits den Boden für die Repressionen der fünfziger Jahre bereitete; sie diskutierten die Auswirkungen der Vertreibung bis in die „normalisierte“ tschechoslowakische Gesellschaft ihrer Zeit; sie analysierten die Mythologisierung und Instrumentalisierung der Kriegserfahrung und Vertreibung durch das kommunistische Regime.

Ich werde zunächst Havels Haltung zur Vertreibung der Sudetendeutschen und seine Auffassung von einer notwendigen Versöhnung skizzieren.

In einem zweiten Schritt werde ich dann auf den dissidentischen Kontext in dieser Frage eingehen.

### **(2) Die Vertreibung der Sudetendeutschen in der Perspektive Vaclav Havels**

Während des ersten Jahres seiner Präsidentschaft strebte Havel die Wiedereingliederung der Tschechoslowakei in das europäische Staatenmosaik an. Er wusste, dass dieses Ziel des Zusammenwirkens der anderen frisch zur Unabhängigkeit gelangten mittel- und osteuropäischen Staaten bedurfte.

Auf einem NATO-Gipfel in Brüssel, der im Januar 1994 einberufen worden war, um die Bedingungen zwischen der NATO und den Mitgliedsstaaten der Visegrad-Gruppe – Polen, Ungarn, Tschechische und Slowakische Republik – zu festigen, sagte Havel: „Gute Beziehungen zu unseren Nachbarn sind das grundlegende Interesse jedes unserer Länder und das grundlegende Interesse Europas als Ganzes.“<sup>1</sup> Die Rede fand großen Beifall und überzeugte genügend Meinungsmacher in der Tschechischen Republik davon, dass der Beitritt zur NATO dazu beitragen würde, die Demokratie zu etablieren und die Wirtschaft für ausländische Investoren attraktiv zu machen. Die Rede trug auch dazu bei, Einigung zu Gunsten einer Akzeptanz der „Partnerschaft für den Frieden“ zu erzielen, die im Oktober 1993 von den Verteidigungsministern der NATO-Staaten auf dem Weg zur Festigung der Bindung zwischen Mittel- und Osteuropa und der Allianz vorgeschlagen wurde. Havel sagte wörtlich: „Ich wäre glücklich, wenn die Stadt Prag heute als Symbol für ein zusammenstehendes Europa gelten könnte“. Schon bald darauf schien der Beitritt der Tschechischen Republik in das Militärbündnis eine beschlossene Sache zu sein, denn die NATO kündigte Pläne zu einem gemeinsamen Training und zu Militärübungen auf dem Boden der Visegrad-Staaten an. Im März 1999 war es dann tatsächlich soweit: Havel erklärte vor den Delegierten auf dem NATO-Gipfel zum 50. Geburtstag der NATO-Gründung, dass die tschechische Republik nunmehr formal der „westlichen Sphäre der Zivilisation“ angehöre.

Für Havel galt es noch weitere außenpolitische Probleme zu lösen, vor allem was die Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland anbelangte.

Unmittelbar vor der „Samtenen Revolution“ im Jahr 1989 hatte Havel einen privaten Brief an Richard von Weizsäcker geschrieben.<sup>2</sup> In diesem Brief entschuldigte er sich im Namen der Bürger seines Landes für die „zutiefst unmoralische“ Behandlung der Sudetendeutschen unmittelbar nach der militärischen Niederlage der Nationalsozialisten. Havel betonte, das neue Deutschland und die Tschechoslowakei könnten sich nur dann auf friedliche Weise wieder annähern, wenn sich die Tschechoslowakei öffentlich zu dem brutalen Vorgehen gegen ihre eigenen deutschstämmigen Mitbürger bekennen würde. Alle Tschechen und Slowaken sollten beschämt darüber sein, was sie oder ihre entfernten Verwandten getan hätten. Eine ähnliche Tat sei in Zukunft allein dadurch zu vermeiden, dass ein Freundschaftsvertrag zwischen beiden Ländern geschlossen und unterzeichnet würde. Er schloss mit den Worten: „Tschechoslowakische Demokraten sind deutschen Demokraten etwas schuldig.“

Als Havel seine Einstellung in dieser Frage wenige Wochen später in einem Fernsehinterview wiederholte, schlug ihm heftiger Protest entgegen.

Viele stellten sich auf den Standpunkt, die Vertreibung der Sudetendeutschen sei die Strafe für deren Unterstützung Hitlers gewesen. Sie hätten ihre Heimat verraten und somit ihre Ansprüche auf Heimat verwirkt und somit das bekommen, was sie verdient hätten.

Andere Kritiker ahnten, dass die Entschuldigung gegenüber Deutschland nur das Vorspiel für Verhandlungen zum Beitritt zur Europäischen Union war, in der Deutschland bereits großen Einfluss hatte. Ihre Einwände lauteten sinngemäß: Wir haben gerade angefangen, uns nach fünfzig Jahren selbst zu befreien, und nun sollen wir uns wieder unterordnen, diesmal den Deutschen und ihren Brüsseler Handlangern.

Gegen solche Einwände führte Havel im Wesentlichen zwei Argumente ins Feld:

Einmal geißelte er den „Tschechozentrismus“ und „provinzielles Misstrauen“ gegen die übrige Welt als verderbliche Grundmanieren, auf die sich eine antideutsche Feindseligkeit gründete. Wiederholt griff er Engstirnigkeit, Ignoranz und Intoleranz anderen gegenüber scharf an.<sup>3</sup> Er verwies darauf, dass solche Standpunkte zu nichts anderem tauglich seien, als dazu,

Tschechen und Slowaken den Weg in die Sackgasse der Isolation zu ebnet. In diesem Zusammenhang erinnerte er seine Zuhörer daran, dass ein kosmopolitisches Gefühl der Verantwortung für andere zu den Bürgerpflichten gehöre.

Jahre später finden wir bei Havel eine drastische Abrechnung mit dem „Tschechozentrismus“, wie folgt formuliert: „...Am Anfang stehen Sätze wie ‚Sie haben uns verraten‘, ‚Sie haben uns verkauft‘, ‚Alle haben sich gegen uns verbündet‘, es geht weiter mit Sätzen des Typs ‚Es hat sowieso keinen Zweck‘ und endet mit einem nationalen Schrei, Gerede von ‚Nationalinteressen‘ und der stillen Zustimmung zur Verfolgung irgendeiner Minderheit. Es siegt die tschechische Kleinheit in der schlimmsten Bedeutung dieses Begriffs. Leider habe ich einen Hauch dieser Atmosphäre bei uns auch nach der Teilung des Staates erlebt. Es scheint, dass den Eruptionen dieser provinziellen Verdrossenheit, Gleichgültigkeit gegenüber den anderen und Hass auf jeden, der anders denkt, bei uns häufig einer Verkleinerung des Staates vorausgeht. Nach München nahmen sie uns das Sudetengebiet, nach der Teilung des Staates kamen wir um die Slowakei. Nach solchen Vorfällen kommt es gesetzmäßig zu den Rufen nach weiterer Homogenisierung der Gesellschaft: Wir entledigen uns der Juden, dann der Deutschen, dann der Bourgeoisie, dann der Dissidenten, dann der Slowaken – und wer wird ist als Nächster an der Reihe sein? Roma? Homosexuelle? Ausländer überhaupt? Und wer bleibt übrig? Reinblütige Kleintschechen auf ihrem kleinen Hof. Es geht nicht nur darum, dass solche Haltungen oder gar eine Politik unmoralisch sind, es geht auch darum, dass sie selbstmörderisch sind. Heute - in einem völlig anderen und gepflegteren ideologischen Cocktail – tauchen bei uns diese Haltungen wieder auf. Ihre sichtbarste Äußerung ist das Antieuropäertum...“<sup>4</sup>

Havels verschiedene Angriffe auf den „Tschechozentrismus“ wurden immer lauter mit Protest quittiert. Diesem hielt er seinen zweiten Einwand entgegen: Es sei unerlässlich, so argumentierte er, sich so rasch wie möglich auf ein neues Abkommen hinzubewegen, das ein für alle Mal die durch die grausame Vertreibung der Sudetendeutschen einerseits und die Brutalität des Nationalsozialismus andererseits entstandenen Ressentiments auf beiden Seiten der Grenze zu beseitigen.

Zu einem Durchbruch kam es Ende Februar 1992, als Havel mit dem damaligen Bundeskanzler Kohl in Prag zusammenkam, um einen Freundschaftsvertrag zu unterzeichnen, der die Zusicherung für eine deutsche Unterstützung der vollen Mitgliedschaft der Tschechoslowakei in der Europäischen Union enthielt. Havel sagte: „Wir legen das Fundament für gute, freundliche Beziehungen zwischen unseren Nationen. Wir gestalten die Zukunft, bereiten den Boden für einen raschen Beitritt der Tschechoslowakei zur Familie der europäischen Staaten.“ Kohl fügte hinzu: „Wir haben in diesem Jahrhundert an zu vielen Gräbern gestanden. Wir haben zu viele Tränen vergossen. Die Zeit ist gekommen, aus der Geschichte zu lernen. Und genauso verstehe ich unseren Entschluss, Ihrem Land zu helfen.“<sup>5</sup>

Nach dem Zerfall der Tschechoslowakei im Jahr 1993 musste der Freundschaftsvertrag von Grund auf neu verhandelt werden. Trotzdem blieb es ein wasserdichtes Abkommen, und das nicht nur, weil es den schriftlich festgehaltenen Anstoß für ein Geflecht von Regierungshandeln diente, an deren Ende die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union (2004) stehen sollte. Wenige leugneten die greifbaren Vorteile, die der Vertrag bot, enthielt er doch außer der deutschen Unterstützung für die tschechoslowakische EU-Mitgliedschaft auch Abmachungen über Sicherheitsmaßnahmen, wissenschaftliche Zusammenarbeit, Umweltschutz sowie die

grundsätzliche Zusammenarbeit auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet und auf Regierungsebene.

Die Einwände der Kritiker bezogen sich auf andere Gesichtspunkte, insbesondere auf den Verweis der Vertreibung von Millionen Sudetendeutschen vierzig Jahre zuvor.

Ein Sprecher der sudetendeutschen Landsmannschaft teilte der Wirtschaftszeitung „Hospodarske noviny“ mit, dass die drängenden Fragen der Entschädigung in dem Vertrag unberücksichtigt geblieben seien. Der Vizepräsident der Föderation, Vaclav Klaus, artikuliert ein Unbehagen wie folgt: „Wir unterzeichnen hier einen Vertrag, der die gefährlichsten Themen ungelöst lässt“. Er stieß sich auch an dem Begriff „Vertreibung“, der „eine freundliche Geste sein mag, die (Deutschland) eine gewisse moralische Satisfaktion für die Härte dieses Prozesses gleich nach dem Krieg gewährt“. Aber, so fuhr er fort, „der Zusammenhang, in dem dieses Wort gebraucht wird, könnte in Zukunft gewisse rechtliche Forderungen von Sudetendeutschen nach sich ziehen.“

Die Privatisierungsgesetze der Tschechoslowakei schlossen Entschädigungsforderungen von Eigentümern, die ihren Besitz vor 1948 verloren hatten, ausdrücklich aus; und zu dem sollte, wie Kohl selbst offen eingestand, die Europäische Union den zukünftigen Rahmen bilden, innerhalb dessen „Lösungen für die Befriedigung von Forderungen aus dem Ausland“ gefunden würden. Havel meinte, diejenigen, die weiterhin in den engen Grenzen von Entschädigungsforderungen dächten, unterschätzten den kooperativen Geist, den Brüssel derzeit zu fördern suche. Das Wichtigste aber sei doch, dass die Vision der Europäischen Union von einem Europa ohne Grenzen es jedem Europäer – die Sudetendeutschen eingeschlossen – ermögliche, in der Tschechoslowakei zu leben, zu arbeiten und zu investieren – wenn er oder sie es wolle.

Damit hatte Havel das Problem auf die europäische Ebene gehoben.

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass er diejenigen kritisierte, die die Europäische Union als neuen Moloch mit einem unstillbaren Appetit auf freiheitsliebende Individuen, Gruppen, Regionen, Nationen und Staaten darstellten. Dabei dachte er sicher an Personen wie Margarete Thatcher und Vaclav Klaus. Er sprach von der Union vielmehr als von einem Raum, der es autonomen Mitgliedern Europas ermöglichte, „sich frei und auf ureigene Weise in einer Atmosphäre der dauerhaften Sicherheit und Kooperation zum gegenteiligen Vorteil, auf der Grundlage der Prinzipien von Demokratie, des Respekts vor den Menschenrechten, einer bürgerlichen Gesellschaft und einer freien Marktwirtschaft zu entfalten“. Havel verwies auf die alptraumhafte Alternative – den völkermordenden Krieg im ehemaligen Jugoslawien – und wiederholte dann, dass die kommunistischen Länder Europas genug Blutvergießen gesehen hätten. Vorausschauend sagte er, die Tschechen seien bereit, der Europäischen Union beizutreten, „weil wir wissen, dass sie uns das viele Male zurückzahlen wird, und allen anderen Europäern auch“. Dann lobte er den Maastrichter Vertrag als „großartiges administratives Werk“, als „bemerkenswerte Leistung des menschlichen Geistes und seiner rationalen Fähigkeiten“, um ihn im Anschluss daran für seine „mangelnde spirituelle, moralische und emotionale Dimension“ zu kritisieren. Die europäische Einigung könne Havel zufolge nur erfolgreich sein, wenn man sie mit „Charisma“ erfülle. Man benötige so etwas wie eine neue Charta der Europäischen Gemeinschaft. Sie gäbe „Millionen europäischen Seelen eine Idee, eine historische Mission, einen Impuls“. Die europäische Charta müsse die „Werte, auf die sie sich stützt und die sie zu verteidigen und zu kultivieren gedenke, beim Namen nennen“. Auch müsse sie „große Sorgfalt auf die Schaffung von Emblemen und Symbolen, die sichtbaren Träger ihrer Bedeutung, verwenden“. Diese wenigen Hinweise mögen genügen,

um Havel als überzeugten Europäer auszuweisen<sup>6</sup>, einen Europäer, der hoffte, dass sich das Vertreibungsproblem im Rahmen einer vertieften europäischen Integration lösen lasse.

Anlässlich der Verabschiedung der gemeinsamen Deutsch-Tschechischen Erklärung im Januar 1997 hielt Havel im April desselben Jahres im Deutschen Bundestag eine Rede, in der er u.a. sagte: „...So wie das heutige Deutschland nicht in der Lage ist, die Zehntausenden tschechischer NS-Opfer ins Leben zurückzurufen und uns in die Zeit vor 1938 zurückzuführen, in der Tschechen, Juden und Deutsche bei uns zusammenlebten, so wenig kann die heutige Tschechische Republik den vertriebenen Deutschen ihr altes Zuhause zurückgeben. Durch diese Erklärung haben wir meines Erachtens klar gesagt, dass wir nicht das Unmögliche anstreben, das heißt, dass wir nicht versuchen, die eigene Geschichte zu ändern und ihre nicht wiedergutzumachenden Folgen wiedergutzumachen, sondern dass wir diese Geschichte unvoreingenommen erforschen, ihre Wahrheit suchen und dadurch die einzig möglichen und sinnvollen Grundlagen unseres künftigen guten Zusammenlebens legen wollen.“<sup>7</sup>

Dieses gute Zusammenleben soll sich Havel zufolge als Versöhnung im Rahmen einer europäischen Beheimatung vollziehen. Indem er in dieser Rede am Heimatbegriff alle chauvinistischen, provinzialistischen, gruppenegoistischen, fremdenfeindlichen, nationalistischen und rassistischen Versuchungen zurückweist, spricht er sich für die europäische Heimat aus: „Früher oder später werden die Europäer auch Europa als ihre Heimat, wenn auch besonderer Art, oder als eine gemeinsame Heimat ihrer Heimaten empfinden müssen.“ Für alle Europäer, Deutsche und Tschechen eingeschlossen, wird es ein europäisches Zuhause geben, das auf gemeinsamen Werten beruht. In den Worten Havels: „Europa sollte viel deutlicher zur Heimat unserer gemeinsamen Werte werden, so wie sie aus unseren besten geistigen Traditionen und den erworbenen geschichtlichen Erfahrungen erwachsen. Wir alle wissen, um welche Werte es geht: Respekt für die Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Bürgergesellschaft, Marktwirtschaft, Sinn für soziale Gerechtigkeit, Achtung vor der Natur und vor unserer Umwelt.“<sup>8</sup>

Über die angestrebte Aussöhnung zwischen Tschechen und Deutschen hinaus wurden Havels Äußerungen weithin als offizielle Entschuldigung bei den Vertriebenen verstanden. So klingen folgende Worte Havels denen seines ehemaligen Charta 77-Kollegen, Jan Mlynarik, sehr ähnlich: „Anstatt ordentlich all die zu richten, die ihren Staat verraten haben, verjagten wir sie aus dem Land und belegten sie mit einer Strafe, die unsere Rechtsordnung nicht kannte. Das war keine Strafe, das war Rache.“<sup>9</sup>

Über Mlynariks wesentlichen Beitrag zur Vertriebenen-Debatte in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts werde ich mich später noch äußern.

Jedoch macht der amerikanische Historiker Douglas darauf aufmerksam<sup>10</sup>, dass die vorgebliche Entschuldigung bei den Vertriebenen auf einer falschen Wahrnehmung beruhe. Um zu belegen, dass es keine derartige Entschuldigung gewesen sei, zitiert er Havel selbst: „In meinen Reden habe ich mich dann selbstverständlich diplomatischer ausgedrückt und mich unmittelbar für nichts entschuldigt, unter anderem auch gerade, weil ich dazu von niemandem ein Mandat hatte.“<sup>11</sup> Havel betonte jedoch vor diesem Satz, dass er während eines Fernsehinterviews als „Privatmann ohne Amt“ gesprochen „und mich weder für mich noch für den Staat entschuldigt“ habe, „ich habe nur gesagt, dass eine tschechoslowakische Entschuldigung angemessen wäre.“ Zugleich betont er nachdrücklich seine ablehnende Haltung gegenüber der Vertreibung der Sudetendeutschen: „Damit sage ich nicht, dass ich

danach meine Ansicht über den Abschub nach dem Krieg, wie wir so dümmlich sagen, um nicht das Wort Vertreibung verwenden zu müssen, geändert hätte. Im Gegenteil: Als der Abschub auf Grund der freien Verhältnisse gründlich und kritisch erforscht wurde, fühlte ich mich in meiner ablehnenden Haltung bestätigt.“<sup>12</sup>

Douglas verweist darauf, dass es, unmittelbar nach dem Zerfall der Tschechoslowakei in zwei souveräne Republiken im Jahr 1993 und als die Tschechische Republik Vorgespräche zu einem EU-Beitritt aufnahm, zu Irritationen der Bundesregierung über den scheinbaren Rückzieher des tschechischen Präsidenten kam. Havels Rede vom Februar 1995, in der er „ein fatales Versagen eines großen Teils unserer Bürger deutscher Nationalität“ als wahre Ursache für die Vertreibung ausgemacht habe, sei nur dem Ton, nicht dem Inhalt nach, von seinen Äußerungen vor fünf Jahren zu unterscheiden.<sup>13</sup> Schließlich können wir bei Douglas lesen: „Da fast unmittelbar darauf das tschechoslowakische Verfassungsgericht im Fall Dreithaler entschied, die Benes-Dekrete seien nach wie vor gültig, führte der Streit zu einer starken und sich beschleunigenden Verschlechterung der Beziehungen. Eine Deutsch-Tschechische Erklärung vom Januar 1997, in der die beiden Regierungen das Leiden ‚bedauerten‘, das dem anderen Volk während und nach dem Krieg zugefügt worden war, versuchte den Niedergang aufzuhalten, indem sie vorsichtig das Thema vermied, das für beide Seiten politisch höchst unbequem geworden war.“<sup>14</sup>

Jetzt möchte ich mit einigen Verweisen in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts zurückkehren, um den dissidentischen Kontext der Debatte um die Vertreibung der Sudetendeutschen zu beleuchten. Denn in dieser Tradition steht auch Havel.

In diesem Zusammenhang sollen einige zentrale Kritikpunkte ehemaliger tschechoslowakischer Dissidenten an der damals herrschenden Interpretation der Vertreibung zur Sprache kommen, wie sie sich in der offiziellen kommunistischen Geschichtsbetrachtung artikulierten.

### **(3) Zur Kritik an der Vertreibung der Sudetendeutschen durch die tschechoslowakischen Dissidenten in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts**

Durch die Vertreibung der Sudetendeutschen, die in den mittleren Kriegsjahren beschlossen wurde, sollte die Sicherheit des tschechoslowakischen Staates nach dem Krieg gewährleistet werden. Das Vorhandensein einer „fünften Kolonne“ auf tschechoslowakischem Gebiet wurde als unvereinbar mit einem dauerhaften Frieden gesehen. Die Schrecken des vom Nationalsozialisten eingerichteten Protektorats Böhmen und Mähren führten sowohl innerhalb des Widerstandes als auch in der Exilregierung in London zu einer Radikalisierung des Standpunktes hinsichtlich der Nationalitätenfrage, wie sie sich nach dem Kriegsende stellen würde.

Die Zustimmung der Großmächte in den letzten Kriegsjahren besiegelte endgültig das Schicksal der Deutschen in der Tschechoslowakei. Sie wurden entweder im Zuge der sogenannten „wildren Vertreibung“ in den ersten Monaten nach der Befreiung des Landes vertrieben oder im Zuge der koordinierten Vertreibung, welche von der tschechoslowakischen Regierung hauptsächlich in den Jahren 1946 und 1947 durchgeführt wurde.<sup>15</sup>

Die Richtigkeit dieser Politik und die führende Rolle, die die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei und ihre Schutzherrin, die Sowjetunion, dabei spielten, wurde zu einem festen Bestandteil der kommunistischen Ideologie in der Tschechoslowakei.

Dissidenten, die sog. „Revisionisten“, bezweifelten zwar nicht das Argument der nationalen Sicherheit, machten aber noch andere Gründe für den innenpolitischen Druck zur Durchsetzung der Vertreibung und dann vor allem für die Gewalt und Brutalität während der „wilden“ Phase verantwortlich, im Zuge derer lokale Stellen die unverzügliche Vertreibung ortansässiger Deutscher anordneten, oft ohne dass diese ihr Hab und Gut mitnehmen durften, in einigen Fällen mit Zwangsmärschen bis zur Grenze.

Es wurde der Gedanke geäußert, dass die Entscheidung für die Vertreibung der Sudetendeutschen in einem psychologischen Komplex wurzelte, der u.a. in dem Wunsch bestand, wiedergutzumachen, was man in der Vergangenheit versäumt hatte, und dessen Auswirkungen weit über die Vertreibung hinausgingen, wurde von der „Revisionisten in den späten 70er Jahren des 20. Jahrhunderts wieder aufgegriffen.

Der slowakische Historiker Jan Mlynarik, der unter dem Pseudonym „Danubius“ schrieb, und an dessen scharfe Kritik der Vertreibung sich die Debatte entzündete, ging davon aus, dass bei der endgültigen Entscheidung von Edward Benes, den Plan der Vertreibung der Deutschen den Großmächten vorzulegen, „auch die Motivation der breiten Bevölkerung eine Rolle (spielte), die ihre eigene Untätigkeit, wenn nicht Kollaboration, durch ihre Identifikation mit dem Sieger ex post wiedergutmachen wollte, durch eine ‚Heldentat‘ gegenüber Wehrlosen, was für die Nation eine Kompensierung, ein opportunistisches Ventil des schlechten Gewissens bedeutete.“<sup>16</sup>

Ein unter dem Kollektivpseudonym „Bohemius“ schreibende Gruppe von Autoren stellte diese These in einen größeren Zusammenhang, indem sie auf den allgemeinen Verfall der moralischen Werte in Europa während des Krieges verwies, folgte aber Danubius darin, dass die Vertreibung nicht schlicht als Reaktion auf die Grausamkeit der deutschen Besetzer gesehen werden könnte.<sup>17</sup>

Die These, dass die Tschechen ihr schlechtes Gewissen auf Kosten der deutschen Bevölkerung entlasten wollten, muss ebenfalls im Kontext der Nachkriegskrise gesehen werden. Durch die Erfahrungen von München 1938, die deutsche Okkupation und das Leben im Protektorat wurden sämtliche Werte und Vorstellungen der zivilisierten Ersten Republik in Frage gestellt. Viele Kommunisten und selbst einige nichtkommunistische Intellektuelle waren der Ansicht, dass Tomas G. Masaryks „bürgerliche“ Demokratie sich als zu schwach zur Erhaltung des Staates erwiesen hätte und dass es das Vertrauen in die „bürgerlichen“ Demokratien Frankreichs und Großbritanniens war, das zu dem katastrophalen Verrat in München geführt habe. Mit der Suche nach neuen Möglichkeiten zur Neuordnung nicht nur der auswärtigen Beziehungen, sondern auch der inneren politischen Struktur des Landes wuchs sich das Trauma des tschechischen Volkes „zu einem ernsten psychologischen und moralischen Komplex (aus), der die ganze Gesellschaft erfasste und unsere politische Entwicklung mit fatalen Fehlern belastete“.<sup>18</sup>

Die Sowjetunion hatte durch die Kriegereignisse an moralischem Format gewonnen, und auf ihrer Suche nach Neuorientierung identifizierten sich viele Tschechen mit den militärischen Erfolgen der UdSSR und dem gesellschaftlichen und politischen System der Sowjetunion; sie sahen einen Kausalzusammenhang zwischen dem Sieg der Sowjetunion und der Überlegenheit des Sozialismus. Tschechen ganz unterschiedlicher politischer Überzeugung glaubten, dass sich der sowjetische Sozialismus mit den tschechischen nationalen und demokratischen Traditionen verbinden lasse und sich damit ein „tschechoslowakischer“ Weg zum Sozialismus eröffne.

Es war Jan Procházka, der dies bereits 1968 als eine der „phantastischen Illusionen“ entlarvte, denen sich die Tschechen in der Aufbruchsstimmung der Nachkriegszeit hingegeben haben. „Es waren drei grundlegende Dinge, die man sich zunutze machte: die Sehnsucht nach Freiheit, und den Wunsch, an dieser Freiheit um jeden Preis festzuhalten; die Notwendigkeit, die Demokratie fortzuführen und auszuweiten; und schließlich das ungewöhnlich starke Bedürfnis nach gesellschaftlicher Reform. Das war 1945. 1948 wurde die Auffassung propagiert, dass wir Demokratie und Freiheit für die Reformen opfern müssten.“<sup>19</sup>

Die Vertreibung der Sudetendeutschen wurde von einem Großteil der tschechischen Bevölkerung nicht nur begrüßt, sondern sogar als die endgültige glorreiche Tilgung der Schmach vom Weißen Berg gefeiert. Man erinnere sich: In der Schlacht vom Weißen Berg erlitten die Böhmisches Stände eine vernichtende Niederlage; ihr Besitz wurde durch die Habsburger konfisziert.

Auch die Kollektivschuld-These, die eine wesentliche Rolle bei der Rechtfertigung der Vertreibung spielte, erfreute sich allgemeiner Akzeptanz. Und dies nicht nur damals. Der Konsens über die Rechtmäßigkeit der Vertreibung hatte sich bis in die reformistischen 60er Jahre des 20. Jahrhunderts gehalten, als man – zur gleichen Zeit, da die politischen Prozesse der 50er Jahre neu bewertet wurden – dazu überging, die Vertreibung als unglückliche historische Notwendigkeit zu sehen.

Von den Beteiligten an der Samisdat-Debatte wurde die Kollektivschuld-These einhellig abgelehnt.

Danubius eröffnete seinen Angriff 1979 in seinen berühmten Thesen zur Deportation der tschechoslowakischen Deutschen mit der polemischen Forderung nach einer umfassenden Revision der herrschenden Auffassung der Vertreibung. Er sah in der Vertreibung ein moralisches Problem, dessen richtige Interpretation eine Aufgabe der tschechoslowakischen Historiker sei.<sup>20</sup> Er war überdies der Meinung, dass die tschechoslowakischen Dissidenten die moralische Verpflichtung hätten, das gängige Urteil über die Vertreibung zu korrigieren, da sie für die Anerkennung eben jener grundlegenden Menschenrechte kämpften, die den Deutschen durch die Vertreibungsdekrete entzogen worden waren.<sup>21</sup> Er ortete die Wurzeln für die Vertreibung in „der Tiefe einer irrationalen Rache“, die die Tschechen dazu veranlasst hat, die Sudetendeutschen kollektiv schuldig zu erklären und die ganze Bevölkerungsgruppe von ihrem angestammten Platz zu vertreiben – ein moralisch nicht zu rechtfertigender Akt. Die Tschechen hätten ihren nationalen Traditionen zuwidergehandelt, indem sie sich derselben Methoden bedienten, mit denen sie selbst von den Nazis bedroht worden waren: „Eine Nation Masaryks hätte es nicht gebraucht, sich der Methoden Hitlers zu bedienen; wenn sie dies getan hat, dann hatte sie ihre edelsten Ideale verraten und sich dem künftigen Verderben ausgeliefert.“<sup>22</sup> Danubius' im Untergrund und im Exil verbreitete „Thesen“ verursachten einen Aufruhr, der schnell die Grenzen einer rein historischen Diskussion überschritt und sowohl Beifall als auch Entrüstung auslöste.

Natürlich sah sich das Regime durch die „Thesen“ provoziert und machte die durch sie ausgelöste Debatte zu einer politischen Angelegenheit. Im Februar 1979 wurden vorübergehend dreißig Personen festgenommen, vornehmlich Aktivisten der „Charta 77“, die in Zusammenhang mit dem Dokument und der Debatte gebracht wurden. In den Medien, insbesondere im Zentralorgan der KPC „Rude Pravo“ wurden die Diskussionen als Komplott zwischen der „Charta 77“ und den westdeutschen „Revanchisten“ dargestellt. Jan Mlynarik



wurde als Danubius enttarnt und inhaftiert; nach zehn Monaten wurde ihm unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit die Ausreise in die Bundesrepublik gestattet.

Sofort nach dem Erscheinen der „Thesen“ im Februar 1979 wurde Danubius von Karel Doudera in der „Rude Pravo“ angegriffen. Doudera war zwar bereit, die Kritik an den Vertreibungsmethoden bis zu einem gewissen Grad gelten zu lassen, stellte aber fest, dass es „nach der langen historischen Erfahrung, die in den Jahren 1933 – 1945 kulminierte, keine andere Möglichkeit gab – sie (die Vertreibung) war kein Racheakt, sondern ein Akt nationaler und staatlicher Selbstverteidigung.“<sup>23</sup>

Alle die Historiker, die an dieser Debatte teilnahmen, sahen die Vertreibung als Tragödie, einige kritisierten aber Danubius' revisionistische „Moralisierung der Geschichte“ als „übertrieben“ und warfen ihm vor, die Vertreibung aus ihrem historischen Kontext zu lösen. Die tschechische Entscheidung für die Vertreibung, so argumentierten sie, sei eine aus psychologischer Sicht verständliche Reaktion auf den Terror der Okkupanten gewesen, und eine Verurteilung der Vertreibung ohne Berücksichtigung der Erfahrungen, die die Tschechen während des Krieges gemacht hätten, sei nicht nur ahistorisch, sondern verzerre die Debatte, indem 1945 zur moralischen Stunde Null erklärt würde. Dieser Einwand wurde nun seinerseits von zahlreichen Autoren zurückgewiesen, da selbst, wenn man die Vertreibung im Kontext verstehen müsse, sie deshalb nicht durch den Kontext gerechtfertigt sei.<sup>24</sup>

Der tschechische Philosoph und Sprecher der „Charta 77“, Ladislav Hejdanek, erklärte nicht nur, dass es grundsätzlich unmoralisch sei, eine ganze Bevölkerung zu vertreiben, sondern verurteilte die Vertreibung darüber hinaus auch aus rechtlichen Gründen. Wenn Eduard Benesch's politische Strategie während des Krieges auf die vollständige Revision des Münchner Abkommens gerichtet war, so Hejdanek, dann seien die Sudetendeutschen rechtlich noch immer Bürger der Tschechischen Republik gewesen; die Kollektivschuld-These als Grundlage für ihre Vertreibung sei daher in „krassester Weise“ der Fortführung der Rechtsstaatlichkeit der Ersten Republik zuwidergelaufen.<sup>25</sup>

Das Bohemius-Kollektiv stimmte Hejdanek zu und führte diesen Gedanken noch einen Schritt weiter: Nach ihrer Auffassung hatten die Erfahrungen von München und während des Krieges zu einer tiefen Erschütterung des Vertrauens in Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit geführt; mit der Vertreibung verspielten die Tschechen die Chance, dieses Vertrauen wiederherzustellen.<sup>26</sup>

Bohemius argumentierte, dass die Verantwortung für die Vertreibung zumindest zum Teil auch im Fehlen einer hinreichend starken demokratischen Tradition in der Tschechoslowakei und dem mangelnden Vertrauen der tschechischen Gesellschaft in eine solche Tradition zu suchen war: Unsere Demokratie erwies sich als nicht fähig, ja nicht einmal bereit, das deutsche Problem auf andere Weise zu lösen als so, wie das vom Standpunkt kurzfristiger Machtinteressen am bequemsten erscheint und wie man dabei am besten den Launen der Massen entgegenkommt... Die tschechische Gesellschaft verfügte bis dahin nicht zu Genüge über positive Erfahrungen, Erkenntnisse über das konkrete Erlebnis einer funktionierenden Demokratie...<sup>27</sup>

Mit Sicherheit wurde das Vertrauen der Tschechen in ihre demokratische Tradition durch München und die Okkupation erschüttert. Und dass eine Folge davon die „Nachkriegspsychose“ der Tschechen gewesen sei, zählt zu den Argumenten der „Revisionisten“. Man hätte Wege finden können, um die Schuldhaftigkeit deutscher Bürger der Tschechischen Republik individuell festzustellen. Eine solche Auffassung in den Wirren des

Jahres 1945 zu vertreten, hätte zugegebenermaßen viel des Mutes und der Vorausschau bedurft. Gerade aber darüber verfügten die in der tschechischen Politik und Kultur dieser Zeit tonangebenden Persönlichkeiten nicht.

Somit ließe sich mit Vaclav Kural fragen: „War aber eine solche Kehrtwendung unter den historischen Gegebenheiten tatsächlich möglich? Verlangen wir vom Schreibtisch aus nicht ein bisschen zu viel von unseren Vorgängern? Überstieg und übersteigt eine solche Forderung nicht die Macht der Tschechen, der tschechischen (oder polnischen, jugoslawischen etc.) Politik, die in diesem Fall nicht nur der Stimmung der „Masse“ Rechnung zu tragen hatte, sondern auch grundlegenden gesellschaftlichen und internationalen Bedingungen, die sich nur schwer hätten verhindern lassen, selbst wenn man es gewollt hätte?“<sup>28</sup> Aber es sind gerade solche „schweren Bedingungen“, die moralischen Mut verlangen und über die Historiker und die Nachwelt ihr Urteil fällen.

Der Vorwurf an die „Revisionisten“, die Vertreibung aus ihrem historischen Kontext zu lösen, beinhaltet wohl nur die halbe Wahrheit. Auch wenn man möglicherweise ihre Theorien über die Ursachen für die spannungsreichen Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen in der Region kritisieren kann – von Bohemius' These, dass die Spannungen in einer an der Sprache ausgerichteten Nationalitätenkonzeption wurzelten,<sup>29</sup> bis hin zu Erazim Kohaks Angriff auf die Idee des Nationalstaates – handelt es sich dennoch um ernstzunehmende Versuche, die Gründe für die Vertreibung in der gemeinsamen Geschichte der beiden Gruppen zu suchen.

Über die Kritik der „Revisionisten“ an der Rechtmäßigkeit und moralischen Rechtfertigung hinaus, war ihr Verweis auf deren fatale Folgen von Bedeutung.

Sie sahen in der Vertreibung nicht nur eine Folge der Kriegserfahrungen, sondern auch einen unmittelbaren Zusammenhang zur kommunistischen Machtergreifung 1948 und ein Vorspiel zu der immer brutaleren Verfolgung von „Reaktionären“, „bürgerlichen Nationalisten“ und in den 50er Jahren auch der Kommunisten.

Die Auswirkungen der Vertreibung waren in ihren Augen verheerend und führten schließlich zur totalen Machtübernahme der KPC in der Tschechoslowakei.

Am augenfälligsten ist vermutlich der materielle Schaden, der durch die Vertreibung der Sudetendeutschen entstand. Der Verlust von einem Viertel der Gesamtbevölkerung bedeutete, wie die „Revisionisten“ festhielten, einen so gewaltigen demographischen Einbruch, dass die Tschechoslowakei Bohemius zufolge 30 Jahre und nach Danubius sogar 40 Jahre brauchte, um wieder den Bevölkerungsstand von 1938 zu erreichen.<sup>30</sup> Selbst wenn man in Betracht zieht, dass dieser Bevölkerungsverlust z.T. eine direkte Kriegsfolge war und nach der Machtübernahme der Kommunisten viele Tschechen ins Exil gingen, musste schon allein die Größenordnung tiefgreifende Auswirkungen nach sich ziehen, vor allem für die Wirtschaft eines im Wiederaufbau befindlichen Landes. Dass der Anteil der Fachkräfte an der deutschen Bevölkerung im Vergleich zu den nichtdeutschen Bevölkerungsanteilen besonders hoch war, kam verschärfend hinzu und schwächte eine ganze Reihe von Sektoren der Wirtschaft erheblich.<sup>31</sup>

Die Entvölkerung der Grenzgebiete machte es notwendig, diese mit tschechischer Bevölkerung neu zu besiedeln; durch die damit verbundene Migration kam es auch zu einer Destabilisierung und Störung der natürlichen Entwicklung im Landesinneren.

Dies war allerdings weniger gravierend als die durch Misswirtschaft und Missbrauch in den sudetendeutschen Gebieten angerichteten Schäden. Sowohl Bohemius als auch Danubius wiesen auf die Zerstörung ganzer Dörfer hin, die nie wieder besiedelt wurden, auf die Verwüstung der Städte in der Grenzregion sowie auf die Verödung von Feldern und Wiesen.<sup>32</sup>

Danubius ging so weit zu behaupten, dass ein „Besucher der Tschechoslowakei, der an der Grenze zu Bayern und Österreich ein kultiviertes, zivilisiertes Land verlässt, ... eine andere Zivilisation (betritt), als wäre es das rückständige Asien“.<sup>33</sup>

Der größte Schaden entstand dadurch, dass ein großer Teil des Vermögens, das die Deutschen zurücklassen mussten, einfach gestohlen wurde. Was nach den Regelungen, die den Aussiedlern ihr gesamtes Vermögen bis auf 500-1000 RM und 50-100 kg an persönlichen Besitz legal wegnahm,<sup>34</sup> an Vermögen übrig blieb, sollte verstaatlicht und in einem „Fonds für nationale Erneuerung“ investiert werden. Doch war, wie der Historiker Petr Prihoda anmerkte, sehr bald nach Beginn der Vertreibung klar, dass 80 Milliarden Kronen, mit denen man für den Fonds gerechnet hatte, nicht zusammenkommen würden. Die Summe wurde deshalb auf 34 Milliarden Kronen korrigiert: „Die einzige Erklärung dafür ist, dass mehr als die Hälfte verschleudert oder gestohlen wurde.“<sup>35</sup>

An diesem Punkt kam der Zusammenhang zwischen materiellen Verlusten und dem Verlust an kulturellen und moralischen Werten in den Blick.

Die staatlich sanktionierte Vertreibung, so Danubius, eröffnete „für kleine und große Diebe die Möglichkeit, so kolossal zu stehlen, wie die Geschichte es noch nicht gesehen hatte. Welche Nation würde nicht stehlen und rauben, sich fremder Werte nicht bemächtigen, wenn es ihr erlaubt wird?“ Er war der Ansicht, dass der tschechischen Bevölkerung durch diese „Goldgräberei“ der Sinn dafür abhandenkam, was Eigentum bedeutet und dies in den folgenden Jahren enorme Auswirkungen haben sollte: „Die Vertreibung mit ihren Folgen lehrte die Nation, materielle Werte nicht mehr zu respektieren, (was der Nation) beigebracht hat, kolossal zu rauben... Die Entwendung des Vermögens, das sich im sozialistischen Eigentum befindet, ... hat ihre Wurzel und ihren Ursprung nicht nur in der Einführung des Sozialismus, sondern bereits hier, in einem nie vorher gesehenen Stehlen und Rauben des Eigentums von den drei Millionen Deutschen.“<sup>36</sup>

Die Tschechen, Slowaken, Ungarn und Roma, die die Grenzregion besiedelten, übernahmen geplünderte Besitztümer und Güter und waren nicht in der Lage, die Wirtschaft der Region am Leben zu erhalten oder eine regionale Kultur zu schaffen, die jener der Deutschen auch nur nahegekommen wäre. Bohemius äußerte die Auffassung, dass die neuen tschechoslowakischen Gemeinden den Kern der Zerstörung bereits in sich trugen, sofern die Region, die ihre Vitalität aus grenzüberschreitenden Kontakten gezogen hatte, nun von einem Großteil ihrer ökonomischen und kulturellen Ressourcen abgeschnitten war. Hinzu kam, dass die neuen Siedler der Regierung – vor allem der kommunistischen Partei, die das Umsiedlungsprogramm überwacht hatte – verpflichtet und daher weder in der Lage noch bereit waren, den oft unsinnigen Interventionen der zentralisierten politischen und wirtschaftlichen Bürokratie Widerstand zu leisten.<sup>37</sup> Indem die Kommunisten sich mit diesem Teil der Bevölkerung eine Klientel erschufen, ebneten sie sich den Weg zur Macht und zur nachfolgenden Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft.

Durch die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei entstand in der Region zum ersten Mal in ihrer langen Geschichte eine homogene Gesellschaft.

Die Nazis hatten die jüdische Bevölkerung nahezu vernichtet, und nach 700 Jahren des Zusammenlebens wurden die Deutschen gezwungen, das Land zu verlassen.

Die Region verdankte ihre mitteleuropäische Lebendigkeit seit dem Mittelalter vor allem der kreativen Energie, die aus dem Zusammenleben, aber auch aus der Spannung, den Konflikten und dem Wettbewerb zwischen Tschechen, Deutschen und Juden entstanden war. Die Folgen, die mit dem Verlust dieser Dynamik verbunden war, lassen sich nicht ermessen. Erazim Kohak schrieb: „Die Gesellschaft in den tschechischen Gebieten, an deren Aufbau und

Leben Slowaken, Ruthenen, Tschechen, Juden und Deutsche teilhatten, betrachte ich als eine weit reichere, menschlichere Gemeinschaft als die tschechische Nation im engeren linguistischen Sinn. Nationen und Menschen wachsen durch Vielfalt und Vielgestaltigkeit und verkümmern bei Vereinheitlichung – durch jede Verengung des Begriffs der tschechischen Nation machen wir uns ärmer“. <sup>38</sup> Danubius verwies darauf, dass es eines der Motive Beneschs für die Vertreibung der Deutschen war, einen Staat ohne Minderheiten zu schaffen.<sup>39</sup>

Durch die Vertreibung verloren die Tschechen jedoch mehr als eine lebendige Mischung der Kulturen.

Die Deutschen hatten nicht nur ihre eigene Kultur in die tschechischen Gebiete mitgebracht, sondern von jeher als Vermittlungsinstanz für Ideen aus dem Westen agiert. Dass sie nicht mehr dort lebten, machte es leichter, der Bevölkerung die kommunistische Ideologie aufzuzwingen, so Bohemius: „Man hörte z.B. auf, die deutsche Fachliteratur zu studieren, die traditionell – wenn auch unauffällig – die spürbaren Lücken in der tschechischen Literatur ausfüllte. Die tschechische Denkart verlor ihre traditionelle Verbindung zur deutschen idealistischen Philosophie und Geisteswissenschaft, verfiel unschwer einem seichten Positivismus, büßte so an wirksamer Widerstandskraft ein, um sich dann umso wehrloser der ideologischen Gleichschaltung zu unterwerfen, die sie der Macht des totalitären Staates gefügig zu machen verstand.“<sup>40</sup>

Ladisvalv Hejdanek verwies in seiner Kritik der rechtlichen Grundlagen der Vertreibung darauf, dass mit dieser Aktion das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt wurde.

Viele der „Revisionisten“ waren mit ihm der Meinung, dass die Entscheidung der tschechoslowakischen Regierung zur Ausweisung der Deutschen einen Präzedenzfall für die Verweigerung von gesetzlich garantierten Rechten schuf und somit ein Rechtsverständnis, wonach das „Rechtsprinzip der Unschuldsvermutung...ad hoc in sein Gegenteil verkehrt wurde, nämlich in die Schuldvermutung“. <sup>41</sup> Diese moralische und psychologische Verkehrung des Rechtsbewusstseins war die Voraussetzung für die Leichtigkeit, mit der die Kommunisten 1948 an die Macht gelangten, und, vielleicht noch wichtiger, für den oft mit Begeisterung begrüßten Missbrauch des Rechtssystems in den 50er Jahren. Während der großen Schauprozesse in diesen Jahren erhielt die Regierung tausende Petitionen zur Verhängung der Todesstrafe.

Danubius schreibt über die Bedingungen in den Lagern, in denen die Sudetendeutschen vor ihrer Vertreibung interniert waren und die Art und Weise, wie die Vertreibung durchgeführt wurde: „Während der Aussiedlung ist es zu nie dagewesenen Verletzungen der Werte, der Wertesysteme und Zivilisationsbedingungen gekommen. Dieser Werteverlust ging aus einer totalen Missachtung und dem Nichtrespektieren der Rechte des Menschen, seiner Würde und Souveränität und des Menschenverständnisses hervor. Gegenüber den Deutschen konnte sich in der Tschechoslowakei nach dem Mai 1945 jeder erlauben, was er wollte.“<sup>42</sup> Dieser Prozess vollzog sich, so die „Revisionisten“, in mehreren Phasen. Zuerst wurde Bohemius zufolge aus dem „wildem Transfer“ eine organisierte Aktion, die „die Bekundung von Willkür nicht nur gegen jeden Angehörigen einer Bevölkerungsgruppe der Republik, sondern auch gegen diese Gruppe als Ganze“ sanktionierte. Sind die Grundsätze des Rechtssystems erst einmal gebrochen, argumentierte Bohemius, „so liegt es nur an mehr oder weniger zufälligen Gegebenheiten, wer das nächste Opfer der Willkür wird“. <sup>43</sup> Auch Danubius fragt: „Nachdem die tschechoslowakische Bevölkerung lernte, sich so zu den ‚Fremden‘ zu verhalten, wo gab

es dann eine Garantie, dass die Gewalt sich nicht gegen sie selbst richten würde?“<sup>44</sup> Die Antwort darauf erfolgte nur wenige Jahre später, als sich die Kommunisten in den spannungsgeladenen Tagen des Februars 1948 mit ihrer Taktik der Masseneinschüchterung die Macht sicherte. Mit diesem Schritt eskalierten die rhetorischen Angriffe auf „Reaktionäre“ und „Konterrevolutionäre“ in der kommunistischen Propaganda unmittelbar nach dem Krieg zu tatsächlicher physischer Gewalt; und mit immer größeren Teilen der Bevölkerung wurde nach eben diesem Muster verfahren, dass man mit der Vertreibung der Deutschen geschaffen hatte: „Sie wurden von der Teilnahme an der politischen Macht abgeschoben, aus allen wichtigen Institutionen des öffentlichen Lebens. Einzelne – es ging aber um Millionen – wurden aus ihren wirtschaftlichen Positionen ausgewiesen, des Eigentums und des Bodens beraubt. Viele wurden dann ins Gefängnis abgeschoben, in die Lager für Zwangsarbeiter, schließlich traf dies die Kommunisten selbst.“<sup>45</sup>

Dieser letzte Punkt ist besonders hervorzuheben. Zwischen 1945 und 1948 hatten die Kommunisten immer darauf gepocht, dass die Vertreibung vor allem ihr Werk sei, vollbracht mit der „brüderlichen“ Hilfe der Sowjetunion. In den Schauprozessen der 50er Jahre wurden viele von ihnen, eine grausame Ironie der Geschichte, selbst zu Opfern, und sowohl Bohemius als auch Hejdanek sind der Ansicht, dass dies aufgrund der vorher stattgefundenen Vertreibung möglich gewesen sei.

Gegen diese These wurde ins Feld geführt, dass es keine notwendige Verbindung zwischen Vertreibung und den Ungesetzlichkeiten in den nachfolgenden Jahren gegeben habe. Vielmehr wurzelten die Auswüchse der nachfolgenden Jahre Opat zufolge im Stalinismus der ersten Jahre des „Kalten Krieges“. „Auch die detaillierteste Studie der Vertreibung“, schrieb er, „wird nicht zu einem Verständnis der Geschehnisse der ‚späteren Jahre‘ führen. Sie kann allenfalls marginal dazu beitragen.“ Ganz ähnlich argumentiert Luza, dass die Bestialität der Nazis in allen Ländern, die sie besetzt hatten, alle möglichen Reaktionen auslösten und die Tschechoslowakei keine Ausnahme darstellte. In anderen besetzten Ländern, etwa in Frankreich und Jugoslawien, wurde blutige Vergeltung geübt und dennoch widerstanden diese dem Stalinismus: „Folglich kann die revolutionäre Gewalt in unserem Land nicht mit dem Stalinismus in Zusammenhang gebracht und derart vereinfacht und auf billige Art generalisiert werden.“<sup>46</sup>

Diese Einwände erscheinen mir nicht ganz unberechtigt. Jedoch wirft die Erfahrung in der Tschechoslowakei, die als letzter Staat kommunistisch wurde, die Frage auf, inwiefern sie mit den anderen osteuropäischen Staaten zu vergleichen ist. Und in Hinblick auf Westeuropa stellt sich die Frage, warum sich die Tschechen 1948 von den nationalen Traditionen verabschiedeten, die sie mit dem Westen teilten. Es waren vor allem diese Fragen, in deren Licht die „Revisionisten“ die offizielle Darstellung der Vertreibung zur Diskussion stellten.

Darüber hinaus muss ihre These einer Verbindung von Vertreibung und den Geschehnissen der 50er Jahre – zumindest, was die Arbeiten von Danubius und Zdenek Mlynar betrifft – als Teil einer umfassenden Theorie über den Zusammenhang zwischen der Erfahrung des Totalitarismus unter der deutschen Okkupation und jener unter den Kommunisten gesehen werden.

Danubius verortete die Wurzeln der tschechoslowakischen Erfahrung mit dem Totalitarismus im Erlebnis der Okkupation: „Die erste Okkupation bereitete mit ihrem Totalitarismus den Boden für jene totalitären politischen Kräfte, die selbst aus dem Prinzip der Gewalt hervorgingen... Das Prinzip der Totalität während der Okkupation bereitete den Boden für den Einsatz der Kommunisten in der tschechoslowakischen Gesellschaft“. Dass die Nazis diese Methoden während der Kriegsjahre in der Tschechoslowakei eingeführt hatten, ist weder zu

bestreiten noch der tschechischen Gesellschaft anzulasten, aber dass „vor der Okkupation nie dagewesene Losungen, Zeichen, Verhaltensweisen und Ausdrucksweisen, die Mentalität der Angst, Flüsterpropaganda..., nicht nur aus dem Land nicht verschwunden war, sondern durch eine neue Transformation und Domestikation gegangen sind“, ist, so Danubius, in moralischer Hinsicht als Minuspunkt der Tschechen zu verbuchen.<sup>47</sup>

Das Kollektiv Bohemius machte auch die tschechischen nichtkommunistischen Politiker für die kommunistische Machtergreifung mitverantwortlich.

Aufgrund ihrer politischen Unerfahrenheit hatten sie sich in einem entscheidenden Punkt verkalkuliert. Anstatt auf die Unterstützung durch einen großen Teil der gebildeten und traditionell konservativen oder reformistischen deutschen Wähler zu bauen, die zusammen mit der vernichteten jüdischen Bevölkerung den Kern des tschechoslowakischen Bürgertums gebildet hatten, appellierten diese Politiker an den Chauvinismus der tschechischen Gesellschaft und suchten aus der Vertreibung politisches Kapital zu schlagen.<sup>48</sup> (vgl. Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, S. 101 und 104) Unglücklicherweise gewannen dabei die Kommunisten, da ihre Strategie, am lautstärksten die Vertreibung zu fordern, ihnen die breite Unterstützung der „Massen der fanatisierten Bevölkerung“ sicherte und die Kommunistische Partei sich so als „die patriotische politische Kraft“ im Lande profilieren konnte.<sup>49</sup>

Weitreichende Folgen hatte die Vertreibung in der Sichtweise der „Revisionisten“ auch für die Außenpolitik.

Provokant formulierte Danubius: Die Tschechoslowakei habe sich traditioneller Weise immer zwischen Ost und West befunden und habe die Flexibilität, die eine gegen die andere Seite auszuspielen, gebraucht, um ihre Souveränität, wenn nicht ihr Überleben zu sichern. Durch die Vertreibung der Deutschen hätten die Tschechen die Möglichkeit verloren, die „deutsche Karte“ auszuspielen und sich damit ihrer Bewegungsfreiheit beraubt.<sup>50</sup>

Diese Einlassungen riefen scharfe Gegenreaktionen hervor, wie z.B. folgende:

„Die Tatsache, dass die bestehenden Grenzen der Tschechoslowakei durch internationale Vereinbarungen garantiert sind, ist kein Grund dafür, dass wir... uns durch schlecht überlegte und unverantwortliche Gesten unterminieren sollten... Danubius begreift nicht, dass die Art und Weise, wie er die Aussiedlungsproblematik thematisiert, eine mögliche Revision bis hin zur Revision der Grenzen impliziert.“

Oder: „Die Wiederauffüllung der Grenzregion mit Deutschen, die Umsiedlung von drei Millionen Tschechen ins Innere des Landes, eine Dreier-Föderation, in der die Deutschen mit dem Reich liebäugeln? Ein zweites München... ist das eine menschenfreundliche Lösung?“<sup>51</sup>

Solche entstellenden Argumentationen wurden von mehreren Diskutanten zurückgewiesen, die klar darauf verwiesen, dass die Grenzfrage nicht zur Debatte stand.<sup>52</sup> Dazu gehörte auch Zdenek Mlynar, der allerdings, was Danubius' Zwei-Karten-Theorie anging, Hübl zustimmte und die berechtigte Frage stellte, ob es für die Tschechoslowakei eine denkbare Option gewesen wäre, ein besiegt und kurz darauf geteiltes Deutschland als Gegengewicht zur Sowjetunion in Zentraleuropa zu betrachten. Zugleich erklärte er aber auch, mit diesem Einwand in keiner Weise abschwächen zu wollen, was Danubius über den Orientierungswechsel in Richtung Osten gesagt hatte.<sup>53</sup> Mlynar sah etwa in Hübls Reaktion denselben Geist am Werk, mit dem das kommunistische Regime das Thema Vertreibung behandelt: Vom Tag seiner Machtübernahme an hatte es jede ernsthafte Diskussion darüber verboten. Den Hauptgrund dafür erblickte er in dem Bestreben, den Status quo der

Nachkriegszeit als notwendig und unveränderlich erscheinen zu lassen. Mlynar, der sich mit umfangreichen Beiträgen in der französischen Exilzeitschrift „Svedectvi“ beteiligte, äußerte sinngemäß, dass eine gedeihliche Zukunft der Völker nur zu gewinnen sei, wenn man das Prinzip „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, also das Prinzip der Vergeltung, überwinde. Anderenfalls stellen sich verhängnisvolle Konsequenzen ein: „... von der Verweigerung der Menschenrechte gegenüber fast einem Viertel der Bevölkerung bis zur Beseitigung aller Menschenrechte der gesamten Bevölkerung ist es nur ein relativ kleiner Schritt.“<sup>54</sup>

In den Augen von Danubius lag die Bedeutung der Debatte in der bloßen Tatsache, dass sie stattfand, da das Regime Schweigen als Zustimmung interpretierte. Eine Beschäftigung mit der Vertreibung der Sudetendeutschen eröffnete „dem Historiker drastisch das Verständnis für das allgemeine Wesen der Gewalt, die das Regime jahrzehntelang gegen ganze Gruppen und Schichten der Bevölkerung ausgeübt hatte. Es ist ein harter, doch nützlicher Weg der Erkenntnis, den das Regime der Zweiten Okkupation den Historikern mit allen Mitteln versperren möchte“.<sup>55</sup> Mlynar sah die Aufarbeitung der Vertreibung auch als wichtigen Schritt zur Überwindung des Totalitarismus und als einen Beitrag zur Suche nach den Wurzeln des moralischen Bankrotts des Regimes.<sup>56</sup> Rudolf Hilf unterstützte Mlynar in diesem Punkt und stellte fest, dass es für die Tschechen an der Zeit sei, ihre Geschichte zurückzufordern, und dass eine „Rückkehr nach Europa“ ohne die vorherige Neuordnung der Beziehungen zu Deutschland nicht möglich sei – was wiederum eine ernsthafte Diskussion der Vertreibungsfrage einschließe.<sup>57</sup>

Im Geist der dissidentischen Beiträge zur Vertreibungsdiskussion hat sich die „Charta 77“ in ihrem „Prager Aufruf“ vom März 1985 zur „deutschen Frage“ geäußert: „Wir können bisherigen Tabus nicht aus dem Wege gehen. Eines davon ist die Teilung Deutschlands. Wenn man in der Perspektive der europäischen Einigung niemandem das Recht auf Selbstbestimmung bestreiten kann, dann gilt dies auch für die Deutschen...Wie alle anderen, so kann auch dieses Recht nicht auf Kosten anderer geltend gemacht werden. Wir erklären daher eindeutig, dass der Ausweg nicht in einer nochmaligen Revision der Grenzen in Europa gesucht werden kann. Grenzen sollen im Rahmen der europäischen Annäherung immer weniger bedeutsam werden, doch auch das soll nicht als Anlass zu Rückfällen in den Nationalismus ausgelegt werden. Erkennen wir aber offen den Deutschen das Recht zu, sich frei zu entscheiden, ob und in welcher Form sie die Vereinigung ihrer beiden Staaten in ihren heutigen Grenzen wollen. Nach den Ostverträgen Bonns und nach Helsinki könnte der Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland eines der wichtigsten Instrumente eines positiven Wandels in Europa werden.“<sup>58</sup> Mit diesem Anliegen, dass sich die deutsche Einheit im Rahmen der europäischen Integration vollziehen sollte, haben sich rückblickend die Verfasser dieses Aufrufs als hellichtig erwiesen.

Mit den Dissidenten, die in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts kontrovers die Vertreibungsproblematik diskutiert hatten, teilte Havel die Auffassung, dass die Vertreibung der Sudetendeutschen weder aus moralischen noch aus rechtlichen Gründen zu rechtfertigen sei. Somit lehnte er mit jenen sowohl die Kollektivschuld – These als auch die Brutalität der Vertreibungspraxis ab. Und obwohl nach Havel die Vertreibung der deutschsprachigen Bürger der Tschechoslowakei im Kontext der nationalsozialistischen Okkupation gesehen werden muss, ist sie aber dennoch nicht zu rechtfertigen. Ihm zufolge wäre es für alle Beteiligten zukunftsfruchtiger gewesen, individuelle Verantwortlichkeiten für Verbrechen von Sudetendeutschen im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit abzuurteilen, anstatt eine ganze Bevölkerungsgruppe kollektiv zu vertreiben, was gegen die rechtsstaatlichen Prinzipien der Zweiten Republik verstieß.

Schon vor der „Samtenen Revolution im Jahr 1989 war Havel klar, dass die „Rückkehr nach Europa“ über eine Aussöhnung mit Deutschland führt, die er als Präsident auch gegen tschechischen Widerstand nachdrücklich beförderte, auch um einen Beitritt in die Europäische Union zu erreichen. Darüber hinaus war er der Auffassung, dass eine schonungslose Analyse der damaligen Ereignisse der Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen dienlich sei, und er hoffte, dass sich noch bestehende moralische, rechtliche und praktische Problem auf dem Weg einer fortschreitenden europäischen Integration lösen ließen.

---

<sup>1</sup> The Prague Post, Bd. 4, 3 (19. – 25. 01. 1994), S. 7.

<sup>2</sup> Vaclav Havels Brief an den Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Prag 05.11. 1989.

<sup>3</sup> vgl. z. B: Havel in seiner Ansprache vom 14.09. 1994 aus Lany.

<sup>4</sup> Vaclav Havel, Fassen Sie sich bitte kurz. Gedanken und Erinnerungen zu Fragen von Karel Hviždala, 2. Aufl., München 2007.

<sup>5</sup> The Prague Post , 03. – 09.03. 1992.

<sup>6</sup> Rede vor dem Europäischen Parlament, Straßburg 08.03. 1994, abgedruckt in: Towards a civil society, S. 291–303.

<sup>7</sup> Vaclav Havels Rede im Bundestag, 24.04. 1997, <http://www.mittleeuropa.de/havel19.htm> (13.08. 2016), S. 4.

<sup>8</sup> Vaclav Havels Rede im Bundestag, 24.04. 1997, S. 8.

<sup>9</sup> Zit. nach R. M. Douglas, S. 439; vgl. Vaclav Havel, The Visit of German President Richard von Weizsäcker, Prague, March 15, 1990 - [http://www.vaclavhavel.cz/showtrans.php?cat=projevy&val=319\\_aj\\_projevy.html&typ=HTML](http://www.vaclavhavel.cz/showtrans.php?cat=projevy&val=319_aj_projevy.html&typ=HTML) (06.01.2017).

<sup>10</sup> Vgl. R.M. Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, 2. Aufl. München 2014, S. 439–541

<sup>11</sup> Vaclav Havel, Fassen Sie sich bitte kurz..., S. 163; R.M. Douglas, S. 439f.

<sup>12</sup> Vaclav Havel, Fassen Sie sich bitte kurz..., S. 163.

<sup>13</sup> Vaclav Havel, Rede vom 17.02. 1995, [www.collegium-carolinum.de/doku/vdok/hav-95.htm](http://www.collegium-carolinum.de/doku/vdok/hav-95.htm); vgl. Douglas, S. 440.

<sup>14</sup> Douglas, S. 440.

<sup>15</sup> Literaturangaben zur Vertreibung:

- Umfassende Dokumentation der Diskussion der Vertreibungsproblematik findet sich in: Cesi, Nemeci, Odsun (Die Tschechen, die Deutschen, der Transfer), Prag 1990 (in der Folge als „Odsun“ zitiert).
- Leopold Grünwald (Hrsg.), Wir haben uns selbst aus Europa vertrieben. Tschechische Selbstkritik an der Vertreibung der Sudetendeutschen- eine Dokumentation, München 1985.
- Leopold Grünwald, Sudetendeutsch – Opfer – Täter . Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts und ihre Folgen 1918 – 1982, Wien 1983.
- Jan Mlynarik, „Fortgesetzte Vertreibung“. Vorgänge im tschechischen Grenzgebiet 1945 – 1953, München 2003.
- R.M. Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, 2. Aufl. München 2014.

<sup>16</sup> Thesen zur Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945 – 1947 von Danubius (Jan Mlynarik), in L. Grünwald, (Hrsg.), Wir haben uns selber aus Europa vertrieben..., München 1985, S. 125 (in der Folge als Danubius, Thesen nach Grünwald zitiert).

<sup>17</sup> vgl. Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, in. L. Grünwald, Wir haben uns selbst aus Europa vertrieben..., München 1985, S. 94 und 98.

Hinter dem kollektiven Pseudonym verbargen sich: Milan Otahal, Petr Pithart, Milos Pojar, Petr Prihoda, Tomas Brod, Jiri Dolezai; vier dieser Autoren waren Unterzeichner der „Charta 77“ (in der Folge als Bohemius nach Grünwald zitiert).

<sup>18</sup> Ivan Pfaff, Z diskurse v Pravu lidu (Aus der Diskussion in Pravo lidu), in: Odsun, S. 351, zit. nach: Bradley F. Adams, Die Vertreibung der Sudetendeutschen und die tschechoslowakische Opposition in den 70er Jahren, Quelle online: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org), S. 3.

<sup>19</sup> Vladimir Blazek, Milan Hübl und Jan Prochazka, Triolog o roce 1945 (Triolog über 1945), in Odsun, S. 40, zit. nach: Adams, S. 4.

<sup>20</sup> vgl. Danubius, Thesen, S. 108 und 110.



- 
- <sup>21</sup> Danubius, Thesen, S. 143.
- <sup>22</sup> Danubius, Thesen, S. 121.
- <sup>23</sup> Karel Doudera, Rude Pravo, 4. Februar 1979, zit. nach : Abrams, S. 5.
- <sup>24</sup> Vgl. Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, S. 97 ff.
- <sup>25</sup> Ladislav Hejdanek, Dopsis priteli (Brief an einen Freund), in Odsun, zit. nach: Abrams, S. 6.
- <sup>26</sup> Vgl. Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, S. 100.
- <sup>27</sup> Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, S. 97 f.
- <sup>28</sup> Vaclav Kural, Cesi a Nemeci, in Odsun, S. 26 f., zit. nach: Abrams, S. 7.
- <sup>29</sup> vgl. Bohemius, S. 101; Ein Wort zur Aussiedlung, S. 88 f.
- <sup>30</sup> Vgl. Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, S. 101 f.; Danubius, Thesen, S. 113.
- <sup>31</sup> Vgl. Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, S. 101.
- <sup>32</sup> Vgl. Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, S. 101.
- <sup>33</sup> Danubius, Thesen, S. 145.
- <sup>34</sup> Radomir Luza, The Transfer of the Sudeten Germans. A Study of Czech German Relations, 1933 – 1962, New York 1964, S. 290.
- <sup>35</sup> Jan Pribram (Petr Prihoda), Pribeh s nedobrym koncem (Eine Geschichte mit schlechtem Ausgang), in Odsun, S. 50, zit. nach: Abrams, S. 8.
- <sup>36</sup> Danubius, Thesen, S. 145 f.
- <sup>37</sup> Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, S. 100.
- <sup>38</sup> Erazim Kohak, Dopis anaonymimu priteli, in Odsun, zit. nach: Abrams, S. 9.
- <sup>39</sup> Danubius, Thesen, S. 125.
- <sup>40</sup> Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, S. 102.
- <sup>41</sup> Ladislav Hejdanek, Dopis priteli, S. 149, zit. nach: Abrams, S. 10.
- <sup>42</sup> Danubius, Thesen, S. 140.
- <sup>43</sup> Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, S. 96 und 100.
- <sup>44</sup> Danubius, Thesen, S. 140.
- <sup>45</sup> Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, S. 104.
- <sup>46</sup> Radomir Luza, Dopis Radomira Luzi, S. 186; Opat, K. Bohemovu, S. 286, zit. nach: Abrams, S. 11.
- <sup>47</sup> Danubius, Thesen, S. 143f.
- <sup>48</sup> Vgl. Bohemius, ein Wort zur Aussiedlung, S. 101 und 104.
- <sup>49</sup> Danubius, Thesen, S. 130.
- <sup>50</sup> Danubius, Thesen, S. 127.
- <sup>51</sup> Milan Hübel, Glosy, S. 117f.; Lubomir Kohout, Kriticki poznamky, S. 138; zit. nach: Abrams, S. 12.
- <sup>52</sup> Bohemius, Ein Wort zur Aussiedlung, S. 103.
- <sup>53</sup> Vgl. Zdenek Mlynar, Dopis Zdenka Mlynare, S. 167 und 174f., zit. nach: Abrams, S. 12.
- <sup>54</sup> Zdenek Mlynar, in: Tribuna Svedectvi, Svedectvi, Paris, Nr. 57/ 1978, zit. nach: Grünwald, S. 57.
- <sup>55</sup> Danubius, Thesen, S. 109.
- <sup>56</sup> Vgl. Zdenek Mlynar, Dopis Zdenka Mlynare, S. 171 und 176, zit. nach: Abrams, S. 13.
- <sup>57</sup> Rudolf Hilf, Dopis redakci Svedecivi, S. 341 f., zit. nach: Abrams, S. 13.
- <sup>58</sup> Listy (Rom) Nr. 2/ 1985, S. 20ff.: zit. nach: Grünwald, S. 42f.

Voraussetzung des Aufsatzes: Vortrag am 02.12. 2016 in der Katholischen Gemeinde St. Marien in Ichttershausen (Nähe Erfurt)

Wolfram Tschiche